

ecke köpenicker

nr. 2 – mai/juni 2023

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt *Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.*

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Buchhandlung am Moritzplatz. Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Köpenicker, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecke.koepenicker@gmx.net. Der Einsendeschluss ist der Montag, der 10. April. Unser letztes Bilderrätsel zeigte den Stützpunkt des Straßen- und Grünflächenamts in der Rungestr. 31 am Köllnischen Park. Gewonnen hat Rainer Nieselt – herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein geht Ihnen per Post zu.

Projekt »Sichere Kreuzungen« für Preis nominiert

Das Straßen- und Grünflächenamt Mitte ist für den Deutschen Fahrradpreis 2023 nominiert. Das Projekt »Sichere Kreuzungen« wurde aus insgesamt 128 deutschlandweiten Einsendungen ausgewählt und ist in der Auswahl der finalen Platzierungen in der Kategorie »Infrastruktur«. Die Verleihung des Deutschen Fahrradpreises findet auf dem 8. Nationalen Radverkehrskongress am 20. Juni 2023 in Frankfurt am Main statt. Anfang 2022 gab Bezirksstadträtin Dr. Almut Neumann das Ziel vor, innerhalb eines Jahres 50 Kreuzungen im Bezirk Mitte so umzugestalten, dass sie für den Fuß- und Fahrradverkehr sicherer werden. Mittels Markierungen, Pollern, Abstellbügeln für Fahrräder und Stellflächen für E-Scooter ist es gelungen, an 50 Knotenpunkten schnell und zugleich kostengünstig für Verbesserungen zu sorgen. Da die Kreuzungen nicht mehr von Autos

und die Gehwege nicht mehr von Zweirädern zugeparkt werden, verbessern sich die Sichtbeziehungen und die Querungsdistanzen für Fußgänger und damit die Sicherheit. Nach dem Erfolg im vergangenen Jahr plant das Straßen- und Grünflächenamt Mitte in diesem Jahr 100 Kreuzungen umzugestalten. Der Deutsche Fahrradpreis ist eine Initiative des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr und der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Köpenicker« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website der Betroffenenvertretung www.luise-nord.de

Die nächste Ausgabe

der Ecke Köpenicker erscheint Anfang Juli 2023.

INHALT

Seite 3 Begrünungsprogramm für das Sanierungsgebiet

Seite 4 »Brückentag« / Tag der Städtebauförderung

Seite 5 Provisorischer Spreeuferweg

Seite 6 Sporthalle irritiert Anwohner

Seite 7 Aufruf zum Frühjahrsputz / Neues vom Bürgerverein

Seite 8 Künftige Nutzung des Bärenzwingers

Seite 9 Umgestaltung der Michaelkirchstraße / Nachrichten

Seite 10 Historische Kolumne

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** Bodenwerte sinken
- **Seite 12** Wohngeld: Anspruch prüfen!
- **Seite 13** Das neue Bezirksamt
- **Seite 14** Hofbegrünung in Mitte

Seite 15 Gebietsplan und Adressen

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail!

Grüne Höfe– auch mit Fördermitteln

Ein Begrünungs- und Klimaschutzprogramm für das Sanierungsgebiet

Begrünte Innenhöfe tragen nicht nur zur Verbesserung des Mikro- und des Stadtklimas bei: Gerade in hoch verdichteten Stadtteilen mit einem Mangel an größeren Grünflächen verdient das ökologische Potenzial der unmittelbaren Wohnumgebung besondere Aufmerksamkeit. Schön gestaltete Innenhöfe sind aber auch ein Beitrag zur Stärkung der Nachbarschaften – besonders, wenn diese mit Eigenleistungen an der Hofgestaltung beteiligt sind. Inzwischen gibt es überall in der Stadt viele beeindruckende Beispiele begrünter Innenhöfe, die gleichzeitig als Kommunikations- und Erholungsort der Hausgemeinschaften dienen.

Im Bezirk Mitte wurden entsprechende Erfahrungen bereits gesammelt: Um Begrünungsmaßnahmen und die Eigeninitiative von Eigentümern bzw. Mietergemeinschaften zu unterstützen, wurden mithilfe von Fördermitteln aus dem Programm »Lebendige Zentren und Quartiere« bereits erfolgreich entsprechende Hofbegrünungsvorhaben im Fördergebiet Turmstraße in Mitte umgesetzt. Doch man muss gar nicht so weit gehen, um gelungene Beispiele von gestalteten Innenhöfen zu finden: Die Wohnungsgenossenschaft Berolina hat im Heinrich-Heine-Viertel zusammen mit Bewohnerinnen und Bewohnern für viele grüne Oasen gesorgt, die große Aufenthaltsqualität bieten und zudem mit vielen blühenden Gewächsen auch der Artenvielfalt zugutekommen (siehe unser Foto).



Künftig sollen auch in der Nördlichen Luisenstadt öffentliche Fördermittel für Begrünungs- und Klimaschutzmaßnahmen durch Nutzerinnen und Nutzer zur Verfügung gestellt werden: In diesem Jahr soll das vorerst für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt gelten, ab nächstem Jahr kann es dann auf das gesamte Fördergebiet ausgedehnt werden (die Abgrenzungen von Sanierungs- und Fördergebiet sehen Sie auf dem Gebietsplan auf S. 15). Folgt das Gebiet dem Beispiel des »Lebendigen Zentrums Turmstraße«, hieße das konkret: Mieterinnen und Mieter, Eigentümerinnen und Eigentümer können für die Begrünung von Höfen, Vorgärten, Fassaden oder Brandwänden einen Antrag auf Förderung stellen. Antragsberechtigt wären Eigentümer, Mieter, Pächter, Vereine, Nutzerinitiativen, soziale und gemeinnützige Träger. Bedingungen sind, dass die Begrünungsmaßnahmen den Entwicklungszielen des Fördergebiets entsprechen, eine Zustimmung der Eigentümer vorliegt, die Planung mit den Nutzern abgestimmt ist und aus den Maßnahmen keine Mieterhöhungen resultieren.

Zur Vorbereitung des Programms hat das Büro KoSP als Prozesssteuerer eine Bestandsaufnahme gemacht, um festzustellen, wie groß das Potenzial von geeigneten Höfen oder ähnlichen Flächen im Gebiet ist. Die Ergebnisse sollen demnächst im Sanierungsbeirat vorgestellt werden. Zudem soll ein Landschaftsplanungsbüro beauftragt werden, dass den Antragstellerinnen und -stellern künftig beratend zur Seite steht – beispielsweise bei der Planung oder der Auswahl geeigneter Pflanzen. Das Begrünungsprogramm soll in diesem Jahr starten.

Mehr zum Thema Begrünungsmaßnahmen auf S. 14.

Infotelefon für Menschen in finanzieller Not

Bei vielen Menschen in der Stadt reicht das Geld nicht mehr, zu hoch sind die Preissteigerungen besonders für Energie, Pflege und Lebensmittel. Die Organisation »Silbernetz« schaltet für sie ab sofort das Infotelefon »einfach mal fragen«. Das anonyme Angebot innerhalb des Netzwerks für Wärme wird finanziert von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und dem Bezirksamt Mitte. Die Mitarbeitenden am Infotelefon beantworten Fragen zu finanziellen und gesundheitlichen Notlagen, die mit den aktuellen Preissteigerungen zu tun haben, und vermitteln die Anrufenden an kompetente Ansprechpersonen bei Ämtern, Organisationen und Beratungsstellen. Sie übernehmen jedoch nicht die Antragstellung oder Kontaktaufnahme mit den entsprechenden Stellen. Silbernetz »Infotelefon – einfach mal fragen«: montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr und samstags von 9 bis 13 Uhr unter (030) 54 45 33 05 33

Brückentag am 21. Juni

Chorspektakel auf dem Märkischen Platz

Der Aktionstag unter dem Motto »Über 7 Brücken musst du gehen« findet in diesem Jahr zur Fête de la Musique 2023 am Mittwoch, dem 21. Juni zwischen 18 und 22 Uhr im Bereich des Märkischen Platzes statt.

Der diesjährige »Brückentag« verschafft uns also kein besonders langes Wochenende, sondern soll die Stadt und ihre politisch Verantwortlichen daran erinnern, dass der Wiederaufbau der Waisenbrücke über die Spree noch realisiert werden muss. Für Radfahrer und Fußgänger jeglichen Geschlechts wäre das ein enormer Fortschritt, weil diese dann nicht mehr über die verkehrsumtoste Jannowitzbrücke und durch die enge Brückenstraße müssten. Auch für Touristinnen und Touristen wäre eine angenehme Wegeverbindung zwischen dem Nikolaiviertel und der Luisenstadt von Vorteil, insbesondere aber wäre dann das Märkische Museum als zentrales Museum der Berliner Stadtgeschichte durch die Waisenbrücke wesentlich besser an die Touristenströme Berlins angeschlossen.

Im vergangenen Jahr wurde der »Brückentag« mit einer historischen Schiffsparade begangen, in diesem Jahr ist am 21. Juni unter anderem ein »Chorspektakel« geplant, an dem (Stand April 2023) drei bis vier Chöre teilnehmen wollen, darunter auch ein Shanty-Chor: am 21. Juni ab 18 Uhr auf dem Märkischen Platz (zwischen Märkischem Museum und Spree), falls nichts dazwischenkommt. cs



Bootstouren zum »Tag der Städtebauförderung«

Zum diesjährigen »Tag der Städtebauförderung« am Samstag, dem 13. Mai wird es zwei Bootsfahrten auf der Spree geben. Der inhaltliche Fokus liegt auf der Vorstellung der Spreeuferentwicklung und der Waisenbrücke – über die Planungen informieren das Büro KoSP sowie Projektpartnerinnen und -partner.

Es werden zwei Spreefahrten angeboten:

Bootsfahrt 1: 15.00 bis 16.30 Uhr

Bootsfahrt 2: 16.30 bis 18.00 Uhr

Treffpunkt für beide Bootstouren ist der Historische Hafen (Bootsanleger Fischerinsel 2).

Eine Anmeldung ist aufgrund der begrenzten Plätze (50 pro Fahrt) unbedingt erforderlich unter: luisenstadt@kosp-berlin.de.

z.B. bei gärtnerischen Projekten mit pädagogischen und nachbarschaftlichen Ansätzen.

Das Umwelt- und Naturschutzamt, Schul- und Sportamt sowie Jugendamt stellen gemeinsam ein Preisgeld von 3000 Euro zur Verfügung. Für besonders nachhaltige Projekte werden zum wiederholten Mal 500 Euro vom Umwelt- und Naturschutzamtes gestiftet. Dem hohen Stellenwert der Umweltbildung und Naturerfahrung wird mit dem Sonderpreis »Bunte Beete – Gärtnern mit Kindern und Jugendlichen« Rechnung getragen. Dafür haben der Landesverband Berlin der Gartenfreunde e.V. und der Verlag W. Wächter 1000 Euro bereitgestellt.

Die Anmeldung muss bis Freitag, den 26. Mai durch Einreichung einer zweiseitigen Kurzpräsentation im Format A4 per Post oder E-Mail im Schul-Umwelt-Zentrum (SUZ) Berlin-Mitte erfolgen. Auch eine persönliche Abgabe ist möglich.

Weitere Informationen erhalten Sie im Umweltladen Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, (030) 901 82 20 81, E-Mail umweltamt.uwl@ba-mitte.berlin.de oder im Schul-Umwelt-Zentrum Berlin-Mitte (SUZ), Scharnweberstraße 159, 13405 Berlin, (030) 49 87 04 09, E-Mail info@schulumweltzentrum.de

Klima-Katastrophe am Spreeufer

Darf der neue Uferweg an der Spree asphaltiert werden?

Der neue Uferweg entlang der Spree wird in der Nördlichen Luisenstadt zunächst einmal als Provisorium angelegt. Der erste Bauabschnitt erstreckt sich zwischen Schillingbrücke und Wilhelmine-Gemberg-Weg. Diese Arbeiten können jetzt beginnen.

Der zweite Bauabschnitt zwischen Wilhelmine-Gemberg-Weg und Michaelbrücke wird nach Fertigstellung des Bauvorhabens Michaelkirchstraße 22/23 realisiert. Die Herstellung, Bewirtschaftung und Unterhaltung des Wegeprovisoriums hat das Bezirksamt Mitte an die STATTAU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH als externen Maßnahmenträger übergeben.

Doch es regt sich Kritik an den Planungen. Aus den Reihen der Betroffenenvertretung wird insbesondere die geplante Asphaltierung des Weges hart kritisiert: »Dies würde bedeuten, dass man aus unreflektiertem Beharren weiter in die Klimakatastrophe läuft«, so heißt es in einer Stellungnahme des Bürgergremiums: »800 qm Wegefläche neu und vollständig zu versiegeln ist nicht mehr zeitgemäß.« Alle Verantwortlichen werden daher dazu aufgefordert, »Abstand von Asphalt als Wegedecke zu nehmen und eine Entscheidung für eine WGWD mit organischem Bindemittel herbeizuführen.« WGWD steht dabei für »wassergebundene Wegedecke«, wobei die Deckschicht normalerweise aus feinstem Gestein feucht gewalzt wird. Organische Bindemittel werden nach Auskunft der Betroffenenvertretung



aber in Berlin bereits vielfach genutzt und sollen z.B. beim neu geplanten Radfernwegabschnitt zwischen Charlottenburg und Spandau angewendet werden.

Das Landschaftsplanungsbüro Gruppe F, das die Gestaltung des Uferwegs konzipiert hat, hält von diesem Vorschlag nicht viel. Der neue Uferweg sei für eine wassergebundene Decke nicht geeignet, so argumentiert es in einer Stellungnahme zur Stellungnahme, da er sehr kurvenreich sei und relativ große Steigungen aufweist. Dabei soll er ja auch mit Fahrrädern befahren werden können: Durch die starke Nutzung würden sich schnell Spurrillen bilden, die mit der Zeit immer tiefer werden und in denen sich bei feuchter Witterung das Wasser zu Pfützen sammelt. Den Asphalt werde man zudem leicht schräg aufbringen, so dass das Regenwasser zu den unversiegelten Flächen der Grünanlage hin ablaufen könne. Es fließe jedenfalls nicht in die Kanalisation. Zudem werde man ihn durch die Zugabe von Natursteinsplitt aufhellen, so dass er sich auch bei starker Sonneneinstrahlung nicht aufheizt.

Auch die Experten, auf die sich die Betroffenenvertretung beruft, geben an, dass die »WGWD« mindestens einmal pro Jahr gewalzt werden müsste, damit sich Bodenunebenheiten ausgleichen. Anders als Asphaltdecken würden sie aber nicht durch Wurzeln beschädigt, sondern glichen bei regelmäßiger sachgerechter Pflege die Unebenheiten aus. Die entscheidende Frage ist, ob der Bezirk Mitte in der Lage wäre, einmal im Jahr die notwendigen Pflegemaßnahmen durchzuführen. Die knappe personelle Ausstattung des Straßen- und Grünflächenamtes spricht eher nicht dafür.

Auch die Wirkung der Versiegelung auf das lokale Mikroklima lässt sich direkt am Ufer der Spree nicht schlüssig belegen. Denn einerseits versickert das Regenwasser auch auf »wassergebundenen Wegedecken« nur äußerst langsam (wie jeder weiß, der in Berliner Parks spazieren geht), weshalb speziell in Hitzesommern Regengüsse kaum Einfluss auf den Feuchtigkeitsgehalt des Bodens nehmen können. Und andererseits ändert sich der Grundwasserspiegel direkt am Ufer der an der Mühlendamm Schleuse aufgestauten Spree auch bei extremer Dürre nicht. Die Bäume ziehen ihr Wasser aus diesem großen Reservoir. Zudem befeuchtet am Ufer auch nächtlicher und morgendlicher Tau die Grünanlage, so dass auch flachwurzeln Pflanzen an Feuchtigkeit gelangen. Das Mikroklima am Flussufer wird durch die Frage »Asphalt oder den WGWD?« auf dem Uferweg also kaum beeinflusst. Das unmittelbare Spreeufer taugt wohl kaum für Klima-Katastrophen-Szenarien.

cs



Betonwand brüskiert Anwohner

In der Adalbertstraße wächst die neue Grundschule empor

Anwohner und Anwohnerinnen der Adalbertstraße protestieren bei der Betroffenenvertretung gegen die städtebauliche Figur der neuen Grundschule, die an der Straße errichtet wird. Genauer gesagt, wird die 19 Meter hohe Wand der neuen Sporthalle, die gleich neben dem Grundstück des A&O-Hostels in die Höhe wächst als störend empfunden. An dieser Stelle befand sich bei der alten Adalbert-Grundschule eine grüne Lücke im Blockrand mit der Versorgungszufahrt des Schulhofs. Die alte Sporthalle lag damals noch an der Melchiorstraße. Jetzt besteht die Befürchtung, dass künftig eine massive graue Betonwand der Sporthalle die nördliche Adalbertstraße dominieren wird.

Die Planung hat eine lange Vorgeschichte: Eine neue, vierzügige Grundschule ist an dieser Stelle dringend notwendig geworden, weil es immer mehr Kinder im Einzugsgebiet gibt und die Kapazitäten umliegender Schulen nicht mehr ausreichen. Der Grundschulbau aus den 60er Jahren, der vorher in der Adalbertstraße stand, musste nach langem Leerstand aufgrund seiner maroden Bausubstanz abgerissen werden. Bei der Planung des Neubaus war lange darum gerungen worden, wie der Neubau der Schule samt einer neuen Sporthalle so gestaltet werden könne, dass auch der benachbarte Tennisverein weiter bleiben kann. Der Neubau in der Adalbertstraße ist Teil der »Schulbauoffensive« des Senats, der damit auch für die Planung verant-

wortlich zeichnet. 2018 fand ein Realisierungswettbewerb um den Bautyp einer viergeschossigen Grundschule mit Sporthalle im Rahmen der Schulbauoffensive statt, die Jury würdigte den Siegerentwurf des Architekturbüros Bruno Fioretti Marquez GmbH aus Kreuzberg u.a. mit der Begründung: »Die Fassaden sind angenehm kleinteilig, wirken aber dennoch großstädtisch und einer Grundschule angemessen.« Nun sind aber weder der Schulneubau an sich (auf den die Anwohnerschaft hinreichend vorbereitet war) noch dessen Fassaden (die man schließlich noch gar nicht sehen kann) strittig – vielmehr wird speziell die 19 Meter hohe Seitenwand der Sporthalle kritisiert. Die Anwohnerinnen und Anwohner der Adalbertstraße wurden durch den Bau der Stahlträger überrascht und erfuhren damit erst von der veränderten Anordnung des Schulgebäudes und der Sporthalle gegenüber der ursprünglichen Planung aus dem Blockkonzept.

Gravierende Kommunikationslücke

Und genau an dieser Stelle liegt das Problem: Ganz offenbar ist während der Pandemie eine entscheidende Phase der Kommunikation einfach unter die Räder gekommen. Nach der grundlegenden Veränderung der städtebaulichen Figur des Schulareals gegenüber dem Blockkonzept hätte es nochmals mindestens einer öffentlichen Information für die Anwohnerschaft bedurft, wenn nicht sogar einer Bürgerbeteiligung. Die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt sieht dabei das bezirkliche Schul- und Sportamt in der Verantwortung. Der Bezirk wiederum sieht dabei eher die Senatsverwaltung in der Pflicht, die schließlich für das gesamte Verfahren zuständig sei. Aber auch auf der Website mein.berlin.de, also der Beteiligungsplattform des Landes Berlin für bauliche Projekte, steht lediglich ein Vermerk über den Bau der Schule – eine Beteiligung war hier offenbar gar nicht vorgesehen. Die Anwohnerinnen und Anwohner der Adalbertstraße wollen nun mit Unterstützung der Betroffenenvertretung ein Schreiben an die zuständige Senatsverwaltung sowie an die bezirkliche Schulverwaltung verfassen. Zudem wurde ihnen geraten, bei der demnächst anstehenden Sanierung der Adalbertstraße eine Bürgerbeteiligung einzufordern. Auch die Idee, die Fassade zu begrünen wurde vorgebracht. Derzeit findet ein »Kunst am Bau«-Wettbewerb für den Neubau in der Adalbertstraße statt, durch den eine eigenständige und speziell für diesen Ort entwickelte künstlerische Arbeit realisiert werden soll. Dessen konkrete Umsetzung ist bereits für das dritte Quartal 2024 geplant. Die Sanierung der Adalbertstraße soll dann nach Fertigstellung des Schulneubaus erfolgen.

cs/us



Ch. Eckelt

Neues vom Bürgerverein

3. Mai: Frühjahrsputz am Kanal

Ärgern Sie sich auch manchmal darüber, dass der Luisenstädtische Kanal so zugemüllt wird? Dann sollten Sie sich den Nachmittag des 3. Mai im Kalender vormerken: Für diesen Tag lädt die AG GRÜN FÜR LUISE des Bürgervereins Luisenstadt dazu ein, zusammen aktiv zu werden. Unter dem Motto »Gemeinsame Sache: Wasser an die Bäume! Weg mit dem Müll!« will die AG mit möglichst vielen anderen Anwohnerinnen und Anwohnern gemeinsam den Tiefgarten des Luisenstädtischen Kanals von Unrat und Müll befreien. Außerdem lädt sie zum Beginn der Gießsaison zum Bäumewässern auf dem Michaelkirchplatz ein – natürlich nur, wenn es nicht gerade in Strömen regnet. Viele Hände schaffen viel! Praktische Kleidung ist ratsam. Mittwoch, 3. Mai, 16.00–18.00 Uhr, Treffpunkt: Eingang Luisenstädtischer Kanal

12. Mai: Stadtrundgang zur Frauengeschichte in der Luisenstadt

»Paula, Jeannette, Bona und Minna – Starke Frauen um 1900 in der wachsenden Metropole« – unter diesem Titel lädt der Bürgerverein Luisenstadt zum Stadtrundgang mit Frauke Mahrt-Thomsen (in Zusammenarbeit mit dem Bezirksfrauenrat von ver.di) Der Rundgang widmet sich Frauen in der Arbeiter-, Angestellten- und Frauenbewegung um 1900, die im Bereich der Luisenstadt gewohnt, gearbeitet oder ihre Verbandsaktivitäten entfaltet haben. Es geht u.a. um Paula Thiede, die langjährige Vorsitzende einer gemischtgeschlechtlichen Gewerkschaft, und um Jeannette Schwerin, Wegbereiterin der professionellen sozialen Arbeit und Vorstandsmitglied im Bund Deutscher Frauenvereine. Über die »Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur« war sie eng verbunden

mit Bona Peiser, der Leiterin der ersten öffentlichen Lesehalle zu Berlin und der Bibliothek des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte. Wie Minna Cauer hat sie sich lebenslang für das Recht der Frauen auf Bildung und Arbeit eingesetzt. Darüber hinaus kämpfte Minna Cauer mit radikaler Entschiedenheit für die politische Gleichberechtigung der Frauen. Frauke Mahrt-Thomsen ist Bibliothekarin und Gründungsmitglied des Bürgervereins Luisenstadt.

Neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht!

Der Bürgerverein wünscht sich neue Mitglieder. Die letzten Jahre haben viele neue Herausforderungen gebracht. Die Arbeit im Bürgerverein und den diversen Arbeitsgruppen ist spannend, braucht aber auch immer wieder neue Kräfte und frischen Wind. Die Büropräsenz (Besuch derzeit nur nach Absprache per Mail) ist nur mit ehrenamtlichem Engagement zu leisten. Der Verein braucht engagierte Bürger aus beiden Teilen der Luisenstadt, um die alten und neuen Aufgaben bewältigen zu können. Rufen Sie an, mailen oder schreiben Sie, nähere Auskünfte und Aufnahmeanträge erhalten Sie auf Anforderung. Der Jahresbeitrag beträgt 12 €; Spenden sind willkommen und können steuerlich abgesetzt werden. Der Bürgerverein braucht Sie! Machen Sie mit! Mehr Informationen sowie Formulare für die Beitrittserklärung finden Sie auf der Website des Bürgervereins: www.buergerverein-luisenstadt.de

Auslobung des Ehrenamtspreises 2023

In Krisenzeiten ist Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung wichtiger denn je. Dabei nimmt ehrenamtliches Engagement einen entscheidenden Platz ein. Egal wie klein oder groß, sichtbar oder unsichtbar, jedes Ehrenamt ist ein Beitrag zu einer solidarischeren Gesellschaft und einer Ehrung würdig. Der Bezirk Mitte lobt nun bereits zum 18. Mal den Ehrenamtspreis Mitte aus. Jetzt sind Ihre Vorschläge gefragt: Sie können Einzelpersonen oder Gruppen aus gemeinnützigen Vereinen, kulturellen Einrichtungen, sozialen Organisationen, Gemeinden und Nachbarschaften für diesen Preis vorschlagen. Einzige Voraussetzung für den Preis ist, dass das auszuzeichnende Ehrenamt im Bezirk Mitte angesiedelt ist. Die Verleihung des Ehrenamtspreises wird am 8. September 2023 stattfinden. Kennen Sie Menschen, die sich in herausragender Weise für das Gemeinwohl im Bezirk Mitte einsetzen, dann reichen Sie Ihre Vorschläge auf der Website berlin-mitte.de/ehrenamt bis zum 2. Juni 2023 ein! Bei weiteren Fragen wenden Sie sich gerne an das Ehrenamtsbüro (Ansprechpartnerin: Amelie von Leliwa, (030) 901 84 18 81, E-Mail: ehrenamt@ba-mitte.berlin.de



Die Zukunft des Bärenzwingers

Betroffenenvertretung fordert eine Nutzung, die sich der Nachbarschaft öffnet

Der ehemalige Bärenzwinger am Märkischen Museum ist ein ganz besonderer Ort – und eine echte Herausforderung für Konzeptentwickler und Planer. Bären werden dort künftig nicht mehr leben, das Gebäude im Gartendenkmal wurde vielmehr vor einigen Jahren an das bezirkliche Fachamt für Bildung und Kultur übertragen mit der Idee, den Bärenzwinger künftig als kulturellen Ort zu nutzen. Das soll er auch bleiben und dafür ertüchtigt werden. Auf einem Symposium im Jahr 2020 wurden viele Ideen für eine künftige öffentlich-kulturelle Nutzung gesammelt. Anschließend wurde ein Gutachten zum Zustand der Bausubstanz wurde beauftragt und wird demnächst abgeschlossen. Danach soll eine Machbarkeitsstudie ausloten, welche Nutzungsmöglichkeiten der Bärenzwinger zulässt. Bis Ende August 2023 sollen die Ergebnisse vorliegen. Der Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte des Bezirksamts hat unterdessen ein langfristiges Nutzungskonzept erarbeitet. Die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt erinnert in diesem Zusammenhang nochmals an die im Symposium 2020 bereits benannten zahlreichen Ideen, den Bärenzwinger für die Nachbarschaft im Quartier zu öffnen. Denn die Veranstaltungen, die jetzt dort stattfinden (zurzeit nutzen Kuratoren bzw. Künstler die Räume z.B. für Kunstinstallationen und Performances) werden von der Anwohnerschaft überwiegend als zu elitär, kaum auf die Umgebung bezogen und wenig attraktiv empfunden. Gefordert wurde deshalb damals, den Bärenzwinger viel stärker als sozialen Ort, als offene Bühne zum Park und Treffpunkt für Anwohner und Künstler zu gestalten, in dem sich die Geschichte widerspiegelt. Die Betroffenenvertretung mahnt daher an, dass das langfristige Nutzungskonzept durch den Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte im Sanierungsbeirat bzw. der Nachbarschaft vorgestellt wird. Im nächsten Jahr soll ein Architekturwettbewerb ausgelobt werden. us

Suppe für alle!

Das Kreativmobil des Kreativhauses lädt am 2. Mai und am 16. Mai wieder zum gemeinsamen Kochen und Essen im Heinrich-Heine-Viertel ein. Der mehrsprachige Aufruf richtet sich an alle, die Lust haben, zusammenzukommen, gemeinsam Suppe zu kochen (ab 10 Uhr) und gemeinsam zu essen (ab ca. 12.30 Uhr). Das Angebot findet regelmäßig alle zwei Wochen statt und ist kostenlos. Man trifft sich im Begegnungsraum der BEROLINA, Neue Jakobstraße 30. »Suppe für alle« wird organisiert von »Mobile Stadtteilarbeit KREATIVmobil« (FiPP e.V., KREATIVHAUS) und unterstützt von der BEROLINA e.G.

Gefährliche Kreuzung Melchiorstraße

Straßenschäden wohl durch Baufahrzeuge verursacht

Es ist noch gar nicht so lange her: In den Jahren 2015 und 2016 wurde die Melchiorstraße umfassend erneuert, die Gesamtkosten der Maßnahme beliefen sich auf ca. 1,8 Mio. Euro. Zum Maßnahmenpaket gehörte damals auch der Umbau der Kreuzung Melchiorstraße und Adalbertstraße mit Gehwegvorstreckungen und einem Belag mit Großsteinpflastern. Offenbar wurden damals Fehler gemacht. Denn eigentlich müsste es das Großsteinpflaster aushalten, wenn schwere Baufahrzeuge über es hinweg donnern. Das tut es aber nicht: Im Verlauf der Bauarbeiten an der neuen Grundschule Adalbertstraße treten hier immer größere Schäden hervor, offenbar hält der Straßenbelag die schweren Betonmischer nicht aus. Schon mehrere Fingerbreit sind inzwischen einzelne Pflastersteine nach oben gewandert und gefährden insbesondere die hier Radelnden. Denn die hochstehenden Steine sind bei ungünstigen Lichtverhältnissen kaum zu sehen und können zu Unfällen führen. Die Betroffenenvertretung der Nördlichen Luisenstadt bittet daher das zuständige Straßen- und Grünflächenamt, die Gefahrenstellen zu sichern, und fordert von den Verursachern der Schäden dringlich deren Beseitigung. cs



Planungskonzept ist jetzt Sanierungsziel

Doch nach wie vor ist unklar, wann die Michaelkirchstraße umgebaut wird

Die Leitbilder des »Planungskonzepts zur Entwicklung des Grünzugs südliche Michaelkirchstraße« sind vom Bezirksamt Mitte beschlossen worden und damit zu »konkretisierten Sanierungszielen« für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt geworden. Doch wann sie tatsächlich umgesetzt werden, ist derzeit noch nicht klar: Das zuständige Straßen- und Grünflächenamt leidet an Personalmangel.

In dem Bezirksamtsbeschluss vom 21.3.23 heißt es daher: »Die tatsächliche Realisierung aller benannten Maßnahmen in Form einer großen Baumaßnahme ist derzeit aufgrund begrenzter Kapazitäten bei dem bauausführenden Straßen- und Grünflächenamt kurzfristig nicht abgesichert.« Stattdessen werde eine schrittweise Umsetzung angestrebt. Allerdings drängt die Zeit: Im Jahr 2026 soll das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt aufgehoben werden. Die zum Sanierungsziel weiterentwickelte Vorzugsvariante aus dem Planungskonzept nennt sich »Klimaangepasste Straße für alle« und besteht aus vier unterschiedlichen Abschnitten. In der Ausgabe 2/2022 der ecke köpenicker wurden diese bereits ausführlich dargestellt.

– Der breite Grünraum fungiert als »Michaelgarten«. Vorgeschlagen werden hier Holzpodeste zum Sitzen, Treffen und Spielen sowie kleine Fitnessgeräte und einen den Mieterinnen und Mietern vorbehaltenen Bereich. Östlich der Michaelkirchstraße soll eine neue Baumreihe mit ca. 20 standort- und klimaangepassten Bäumen Schatten spenden.



– Nördlich davon, an der Kreuzung mit der Köpenicker Straße, soll ein städtischer Platz (Arbeitstitel: »Gustav + Otto«) an die Gebrüder Lilienthal erinnern. Hier soll über die bekannten Flugpioniere informiert werden, die direkt nebenan in ihrer Fabrik in der Köpenicker Straße 110–113 die weltbekannten Fluggeräte bauten. Der Platz soll einen einheitlichen versickerungsfähigen Pflasterbelag erhalten und mit Fahrradstellplätzen ausgestattet werden.

– Die südliche Michaelkirchstraße zwischen Köpenicker Straße und Michaelkirchplatz wird zur »Michaelpromenade« (Arbeitstitel). Sie wird »Fahrradstraße«, ihre Fahrbahn wird von 9 auf 6 Meter verengt und in dem Bereich wird von Quer- auf Längsparken umgestellt. So entsteht mehr Raum für mehr Stadtgrün, Versickerungsflächen für Regenwasser und neue Sitzgelegenheiten zum kurzzeitigen Verweilen und für nachbarschaftlichen Austausch.

– Der heftige Durchgangsverkehr in Nord-Süd-Richtung zu Hauptverkehrszeiten soll unterbunden werden, indem die Melchiorstraße im Bereich der Sechseck-Insel am Michaelkirchplatz für den motorisierten Autoverkehr gesperrt wird. Dazu wären noch nicht einmal aufwändige Umbaumaßnahmen erforderlich: einfache Poller, wie sie von der lokalen »Kiezblock«-Initiative gefordert sind, täten es auch. Auch hier sollen Aufenthaltsangebote geschaffen werden. Zu berücksichtigen sind die Auflagen der Denkmalpflege: etwa, dass »boden-nahe Angebote« an diesem Ort eine von Höhe von 50 cm nicht überschreiten sollen. Die Fahrradstraße soll Teil einer bezirksübergreifende Nord-Süd-Fahrradroute auch in beide Richtungen werden.

Auch für das Mikroklima wird gesorgt werden: Das Regenwasser soll künftig überwiegend in spezielle Versickerungsbeete und -mulden geleitet werden und nicht mehr in die Kanalisation. Damit bleibt das Wasser für die Pflanzen verfügbar und gleichzeitig wird ein Beitrag dazu geleistet, die Überläufe der Kanalisation bei Starkregen-Ereignissen zu reduzieren.

Wann das alles realisiert wird, bleibt freilich vorerst unklar: »Der Straßenumbau als Kern der Maßnahme soll dann umgesetzt werden, wenn die bezirklichen Kapazitäten vorhanden sind«, so heißt es in dem Bezirksamtsbeschluss. Insgesamt sind derzeit für die Umbaumaßnahmen ca. 2,13 Mio. EUR aus Städtebaufördermitteln reserviert. Diese Mittel müssen jedoch bis spätestens 2026 beantragt werden, denn danach läuft die Laufzeit des Sanierungsgebiets Nördliche Luisenstadt aus. Spätestens 2030 müssten die beantragten und bewilligten Maßnahmen abgeschlossen sein. cs



Sichere Bank für Genossen

Die Luisenstädtische Bank in der Köpenicker Straße

Genossenschaften sind bei den meisten Deutschen positiv besetzt. Das ist verwunderlich, denn seit über 150 Jahren dienen Genossenschaften nicht der Allgemeinheit, sondern nur ihren Mitgliedern. Das immerhin unterscheidet sie von Kapitalgesellschaften wie AGs oder GmbHs, die von außenstehenden Investoren und ihren Profiterwartungen abhängig sein können.

Heutige Genossenschaften gehen auf den Sozialreformer Hermann Schulze-Delitzsch zurück. Sein Denkmal steht auf dem nach ihm benannten Platz in der Köpenicker Straße. Das überlebensgroße Standbild aus Marmor blickt auf das einzige Gebäude in dieser Richtung, das von den Bomben des Zweiten Weltkrieges und den sozialistischen Planungen verschont geblieben ist.

Das besondere Haus von 1899 in der Köpenicker Straße 95 an der Ecke zur Neuen Jakobstraße ist das der Luisenstädtischen Bank. Kurz nach seiner Fertigstellung wurde das Denkmal enthüllt. Aus dieser Zeit stammt das obenstehende Foto. Der einzige Unterschied, der auffällt, wenn man es mit heute vergleicht, ist das Fehlen der schwarzen Granitplatte an der Fassade. Zu gern wüsste man, was darauf gestanden hat. Aber die Auflösung des Fotos ist zu gering, um die Zeilen zu entziffern.

Da lohnt sich ein Lokaltermin, denn die Platte existiert noch und man findet sie nur zehn Meter nach rechts versetzt. Zwar ist sie in mindestens ein Dutzend Trümmer zerbrochen, aber freundliche Menschen haben sie gerettet, Stück für Stück wieder zusammengesetzt und sie im Aufgang des Hauses geschützt angebracht, so dass man sie auch jetzt noch lesen kann:

LUISENSTÄDTISCHE
BANK
EINGETRAGENE GENOSSENSCHAFT
MIT BESCHRÄNKTER HAFTPFLICHT
GEGRÜNDET 1863

Die Luisenstädtische Bank 1899 in einer Aufnahme aus dem Architekturmuseum der Technischen Universität Berlin.

Das ist etwas ungenau, denn das Institut hieß bei Gründung Darlehenskasse oder noch komplizierter Kreditgenossenschaft des Bezirksvereins des Köpenicker Viertels. Erst 1890 bekam das Geldhaus den Namen Luisenstädtische Bank.

Schulze-Delitzsch war sowohl Vater der Genossenschaftsbewegung als auch Mitbegründer der Bank. In der Zeit zunehmender Monopolisierung der Industrie wollten sie dafür sorgen, dass Kleinbetriebe weiterhin mit den Konzernen konkurrieren könnten. Für manche Historiker ist die Luisenstädtische Bank sogar die erste Genossenschaftsbank Deutschlands.

Baumeister des Gebäudes war Gustav Knoblauch aus der berühmten Berliner Familie, deren Stammhaus im Nikolai-viertel sogar das älteste erhaltene Wohngebäude des alten Berlins ist. Als Sohn des bekannten Architekten Eduard Knoblauch übernahm er das Architekturbüro seines Vaters und wurde so zum Bauleiter der Synagoge in der Oranienburger Straße, seinem berühmtesten Werk. Über seinen Auftraggeber in der Luisenstadt schrieb er: »Unter Mitwirkung von Schulze-Delitzsch wurde im Jahre 1863 von einigen angesehenen Männern der Luisenstadt eine Darlehenskasse für die benachbarten Stadtbezirke eingerichtet, welcher im Jahre 1865 bereits 246 Mitglieder angehörten.« Zu den Aufgaben der Sparkasse gehörten die Diskontierung von Wechseln, der An- und Verkauf sowie die Beleihung von Effekten, die Annahme von Depositengeldern, »Check-Verkehr« und die Vermietung von Tresorfächern. Ab 1928 nutzte die Köpenicker Bank die Räume und in der DDR der VEB Elektrotechnik. 1990 bekam die Köpenicker Bank das Haus zurück und ließ es sanieren. 1998 zog sie aus. Noch heute kann man am Gesimsband und dem Schriftzug Luisenstädtische Bank die Unterteilung des Neorenaissance-Baus in die Geschäftsräume in den beiden unteren Stockwerken und in die großzügigen Wohnungen oben erkennen.

Das Haus hat einen ungewöhnlichen Grundriss mit einem stumpfen Winkel von 135 Grad zur Neuen Jakobstraße. Durch den Erker mit Dachhaube fällt das wenig auf. Genau dieser Grundriss hat dem Gebäude zu vielen weiteren Existenzen in dreidimensionalen Städten im Internet verholfen. Damit ist die Luisenstädtische Bank der Ewigkeit näher als die meisten anderen Berliner Gebäude. Grund ist, dass ein 3-D-Designer das Haus mit seinem ungewöhnlichen Winkel der Fassade digital nachgebaut hat. Gerade zur Erschaffung unsystematisch gewachsener europäischer Städte ohne rechte Winkel ist es sehr beliebt. So wurde es im Internet seit 2021 zu einem der bekanntesten Häuser Berlins und ist in unzähligen 3-D-Animationen zu finden. Dort spielt es aber ein Museum oder Bürogebäude.

Falko Hennig

Der Autor lädt täglich 11 und 14 Uhr zu Spaziergängen (2h, € 12,-, min. 5 Teilnehmer) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins, Treffpunkt: U-Bahnhof Heinrich-Heine-Str. Ecke Köpenicker, Anmeldung erforderlich unter (030) 21 02 46 51 oder (0176) 20 21 53 39.

Bodenrichtwerte sinken

Alarmsignal für die Immobilienbranche

Die Bodenrichtwerte in Berlin-Mitte sind im vergangenen Jahr erstmals seit langer Zeit wieder zurückgegangen. Vor allem in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre waren sie geradezu explodiert. Ob dieser Trend gebrochen ist oder nur Pause macht, ist noch nicht abzusehen.

Die Bodenrichtwerte werden auf der Grundlage der notariell beglaubigten Grundstücksverkäufe eines Jahres errechnet: Der »Gutachterausschuss« wird über die erzielten Kaufpreise informiert und errechnet aus diesen Daten die lokalen Bodenwerte. Im ersten Quartal jeden Jahres veröffentlicht er eine Karte mit den aktuellen Bodenrichtwerte. Diese bilden die Basis für die Ermittlung der aktuellen Verkehrswerte von Grundstücken – für die Wirtschaft sind das wichtige Informationen, denn sie geben Einblicke in das Vermögen der jeweiligen Grundstücksbesitzer und deren Kreditwürdigkeit.

Bedeutung für die Sanierungsgebiete

In Sanierungsgebieten haben die Bodenrichtwerte eine zusätzliche Bedeutung. Denn vom Wert am Tag der Aufhebung des jeweiligen Sanierungsgebiets leitet sich die Höhe der von den Grundstückseigentümern zu entrichtenden Ausgleichsabgaben ab. Zwar soll in diese Rechnung nur die sanierungsbedingte Wertsteigerung einfließen, also jener Anteil, der auf die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur im Gebiet zurückzuführen ist, Entwickeln sich die Bodenpreise insgesamt jedoch so sprunghaft wie in den vergangenen Jahren, dann ist dieser Anteil mit der hergebrachten Methodik nur schwerlich gerichtsfest zu ermitteln. In den drei Sanierungsgebieten Müllerstraße, Turmstraße und Nördliche Luisenstadt steht die Aufhebung tur-nusgemäß im Jahr 2026 an.

Zinsentwicklung maßgeblich

Die Bodenrichtwerte haben sich hier aber inzwischen vervielfacht. Zwischen dem Jahr der förmlichen Festlegung 2011 und 2022 schossen sie im Gebiet Müllerstraße auf gut das Siebenfache (von 340 auf 2500 Euro/qm) in die Höhe, im Gebiet Turmstraße auf gut das Achtfache (von 420 auf 3500 Euro/qm) und in der Nördlichen Luisenstadt sogar um glatt das Zehnfache (von 700 Euro auf 7000 Euro/qm). Dabei spielte offenbar die Entwicklung der Zinsen die entscheidende Rolle. In der ersten Hälfte der 2010er Jahre sanken diese in der EU kontinuierlich. Ab etwa 2015 zahlte in Deutschland der Staat sogar gar keine Zinsen mehr auf seine Anleihen. Zwischen 2011 und 2015 stiegen die Bodenrichtwerte in den Sanierungsgebieten von Mitte um gut ein Drittel, zwischen 2015 und 2020 explodierten sie förmlich. Sie verfünffachten sich in Moabit (knapp) und

im Wedding (exakt), in der Nördlichen Luisenstadt ver-sechsfachten sie sich sogar. In den 2020er Jahren entwickelten sie sich dann uneinheitlich weiter: im Wedding stagnierten die Bodenwerte, in Moabit und in der Luisenstadt legten sie noch einmal zu, aber nicht ganz so rapi-de wie vorher.

Bau-Inflation steigert Gebäudewerte

Doch im vergangenen Jahr (der Wert erscheint als Bodenrichtwert vom 1.1.2023) gingen sie in allen drei Gebieten deutlich zurück: um ein Sechstel oder ein Siebtel etwa. Nach der Ursache muss man nicht lange forschen: Erstmals seit langem stiegen im vergangenen Jahr die Zinsen wieder. Und das wirkt sich sofort auf die Immobilienpreise aus: Denn die Erlöse aus der Bewirtschaftung des jeweiligen Grundstückes (also z.B. durch Mieten) reichen jetzt nicht mehr, um die drastisch gestiegenen Finanzierungskosten zu decken. Die Zinssätze für die Immobilienwirtschaft haben sich oftmals ja mehr als verdoppelt. Das »Beton-gold« verliert folglich an Anziehungskraft, das Kapital sucht sich andere Anlageformen.

Dazu kommt die Inflation. Die Baupreise stiegen in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich (2022 bundesweit um etwa 17%) – und damit erhöhte sich auch der Wert der auf den Grundstücken errichteten Gebäude. Um den Bodenwert zu ermitteln, muss man den aktuellen Gebäudewert vom erzielten Kaufpreis abziehen: steigende Gebäudewerte dämpfen die Bodenrichtwerte.

Droht eine Wirtschaftskrise?

Hält der Wertverfall des Bodens über längere Zeit an oder verstärkt er sich sogar (die Bodenrichtwerte rauschen dann massiv in den Keller), dann könnte das eine Wirtschaftskrise auslösen. Möglicherweise strömt aber internationales Anlagekapital verstärkt auf den Berliner Immobilienmarkt, weil die deutsche Hauptstadt in den Augen internationaler Investoren trotz allem noch vergleichsweise gute Bedingungen bietet. Im Vergleich zu London, New York oder Tokio sind die Bodenpreise in Berlin nämlich immer noch moderat.

cs



Ch. Eckelt

Wohngeld: Anspruch prüfen

Seit Jahresbeginn sind dreimal
mehr Haushalte bezugsberechtigt

Seit dem ersten Januar 2023 gibt es neue Regelungen für das Wohngeld. Durch das »Wohngeld plus« hat sich die Anzahl der Haushalte mit einem Anrecht auf Wohngeld in etwa verdreifacht. Der durchschnittlich ausgezahlte Betrag soll sich zudem von 180 Euro im Monat auf 370 Euro im Monat mehr als verdoppeln. Viele Haushalte im Bezirk Mitte, vor allem aber Familien mit Kindern und geringem Einkommen, könnten von diesen neuen Regeln profitieren.

Auf der Website der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen wurde ein »Wohngeldrechner« eingerichtet, an dem sich relativ zügig ermitteln lässt, ob man wohngeldberechtigt ist oder nicht und wie hoch das Wohngeld in etwa ausfallen könnte. Dazu muss man angeben, wer im Haushalt wohnt, wie groß die Wohnung ist, wie sich die Miete zusammensetzt und wie hoch die Einkommen im Haushalt sind.

Den Antrag selbst kann man online stellen, dazu muss man die notwendigen Belege als PDF oder JPG anfügen. Man kann aber auch den Antrag ausdrucken oder sich im Bürgeramt in Papierform geben lassen und dann ausgefüllt und unterschrieben mit den kopierten Belegen in der Anlage einreichen.

Wer Probleme mit dem Fragebogen hat, kann sich an eine Sozialberatung wenden, die von den Wohlfahrtsverbänden wie Diakonie, Caritas, AWO oder Volkssolidarität angeboten wird. Die Mieterberatung in den Sanierungs- und Milieuschutzgebieten von Mitte ist für solche Fragestellungen leider nicht qualifiziert. Freitags zwischen 9 Uhr und 13 Uhr findet zudem eine spezielle Wohngeldberatung des Bürgeramtes im Rathaus Tiergarten statt, dazu muss man sich aber unter der Service-Nummer 115 einen Termin gebucht haben. Beraten werden hier ausschließlich Bewohner und -innen des Bezirks Mitte.

cs

Heizkostenabrechnung unbezahlbar?

Die Heizkostenabrechnung vieler Haushalte ist in diesem Jahr extrem gestiegen und für viele oft unbezahlbar. Manchen droht sogar die Sperre des Stroms oder der Heizung. Für solche Fälle hat der Senat den »Härtefallfonds Energieschulden« geschaffen, aus dem einmalige Hilfeleistungen gewährt werden können. In vielen Fällen kann zudem das Jobcenter eine einmalige »Leistung zur Sicherung des Lebensunterhalts« gewähren – selbst wenn im Regelfall kein Anspruch auf solche Hilfen bestehen.

Im Bezirk Mitte gibt es mehrere Einrichtungen, die auf »Energieschuldenberatung« spezialisiert sind: die Verbraucherzentrale (Lübecker Straße 49), die AWO (Wattstraße 9), die Caritas (Große Hamburger Straße 18), die Immanuel-Beratung (Fischerinsel 2) und der Deutsche Familienverband (Arminiusstraße 2–4). Auf der Website der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz finden sich weitere Informationen.

cs

Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen verlängert

Der Senat hat Mitte März eine Verordnung zur Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen beschlossen. Danach gilt in ganz Berlin für weitere fünf Jahre (also bis 2028) eine niedrige Kappungsgrenze für allgemeine Mieterhöhungen. Damit dürfen allgemeine Mieten in Berlin auch zukünftig nur um maximal 15 Prozent innerhalb von drei Jahren erhöht werden. In Berlin sind von dieser Regelung rund 1,5 Millionen Haushalte betroffen. Zusätzlich sind die Mieten durch die »ortsübliche Vergleichsmiete« begrenzt.

Die gilt allerdings nur für Mieterhöhungen in bestehenden Mietverträgen und hat bei Neuvermietungen in der Praxis kaum Auswirkungen auf die Miethöhe. Der im März noch amtierende rotgrünrote Senat forderte die Bundesregierung dazu auf, eine erfolversprechende Möglichkeit zur Verfolgung von überhöhten Mietpreisen zu schaffen. Der Bundesrat habe dazu bereits im Februar 2022 einen Vorschlag zur praxistauglichen Ausgestaltung im Wirtschaftsstrafgesetz unterbreitet.

Mieterinnen und Mieter in den Sanierungs- und Milieuschutzgebieten des Bezirks Mitte können sich bei Mieterhöhungen von der Mieterberatung der Gebiete beraten lassen. Adressen und Öffnungszeiten finden Sie auf der Adressseite 15 dieser Zeitung.

Noch Plätze frei: Ferienreisen des Jugendamtes

Das Jugendamt Mitte bietet auch in diesem Jahr interessante Reisen in den Sommer- und Herbstferien an. Wer zwischen 7 und 17 Jahre alt ist und in Mitte wohnt, kann sich ab sofort für die Ferienreisen des Jugendamtes anmelden. Vom Sommercamp am See in Brandenburg über's Beach- und Surfcamp in den Niederlanden bis zum Mountainbiking in den Pyrenäen mit anschließendem Strandurlaub ist alles dabei. Die Reiterferien waren bei Redaktionsschluss zwar schon ausgebucht, bei anderen Reisen sind aber noch Plätze frei. Auf der Website www.wildfang-ev.de/ba-mitte erfährt man, welche.



H. Schemm

Neues Bezirksamt gebildet

Benjamin Fritz (CDU) ist neuer
Stadtrat für Schule und Sport

Das Bezirksamt Mitte hat auf die nach der Wiederholungswahl vom 12. Februar 2023 veränderten Mehrheitsverhältnisse in der Bezirksverordnetenversammlung reagiert. Schon am 16. März wurde Benjamin Fritz (CDU) zum Bezirksstadtrat für Schule und Sport gewählt.

Infolge der Wahl hatte die SPD das Vorschlagsrecht für ein zweites Mitglied im Bezirksamt an die CDU verloren. Die bisherige Bezirksstadträtin Dr. Maja Lasić (SPD) war bei der Wiederholungswahl jedoch über die Bezirksliste der SPD in das Abgeordnetenhaus gewählt worden, wo sie schon bis zum September 2021 bildungspolitische Sprecherin der SPD war. Dr. Lasić nahm diese Wahl an und schied damit aus dem Bezirksamt aus. Benjamin Fritz war bis zu seiner Wahl zum Bezirksstadtrat stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Mitte. Er ist der Jüngste im aktuellen Bezirksamt (Jahrgang 1988) und war zuvor hauptberuflich Fachbereichsleiter bei der AOK Nordost. Er hat bei der AOK eine Ausbildung als Sozialversicherungsfachangestellter abgeschlossen und später berufsbegleitend einen Master of Science in »Public Health« erworben. Somit ist er zwar kein Spezialist für den Bereich Schule und Sport, verfügt aber über praktische Erfahrungen in einer Leitungsfunktion in einer der öffentlichen Verwaltung vergleichbaren Einrichtung. Er ist in Berlin geboren, verheiratet und Vater einer Tochter. Seit 2016 ist er Bezirksverordneter in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte.

Von links: Christoph Keller, Carsten Spallek, Stefanie Remlinger, Ephraim Gothe, Dr. Almut Neumann, Benjamin Fritz

Das neue Bezirksamt von Mitte setzt sich somit aus diesen sechs Personen zusammen:

Stefanie Remlinger (Bündnis 90 / Die Grünen)

Bezirksbürgermeisterin und Geschäftsbereiche Personal und Finanzen sowie Weiterbildung und Kultur. Zudem: Rechtsamt, Steuerdienst, die Integrationsbeauftragten, Gleichstellungsbeauftragte, behördlicher Datenschutzbeauftragter, Informationssicherheitsbeauftragter, Präventionskoordination, Europabeauftragte, Beauftragter für Menschen mit Behinderung, Beauftragte*r für Queer, Diversity und Antidiskriminierung, Klimaschutzbeauftragte, Koordination kommunale Entwicklungspolitik, Sozialraumorientierte Planungskoordination, Pressestelle, Wirtschaftsförderung, Zentrale Vergabestelle und Zweckentfremdung.

Ephraim Gothe – SPD

Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Leiter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung und der Serviceeinheit Facility Management

Benjamin Fritz – CDU

Bezirksstadtrat und Leiter des Geschäftsbereichs Schule und Sport

Carsten Spallek – CDU

Bezirksstadtrat und Leiter des Geschäftsbereichs Soziales und Bürgerdienste. Zudem: Vorsitz der Trägerversammlung des Jobcenters Berlin Mitte und zuständig für die Koordinierungsstelle SGB II-Angelegenheiten

Dr. Almut Neumann – Bündnis 90/Die Grünen

Bezirksstadträtin und Leiterin des Geschäftsbereichs Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen

Christoph Keller – Die Linke

Bezirksstadtrat und Leiter des Geschäftsbereichs Jugend und Gesundheit, zuständig für: Organisationseinheit QPK und das Kinder- und Jugendbüro Mitte



Ch. Eckelt

Kleine Großstadtoasen

Begrünte Innenhöfe sind wichtig für das Stadtklima – doch dabei braucht man oft Beratung

Die Sanierung öffentlicher Grünflächen bildet einen der Schwerpunkte der Stadterneuerung in den Förder- und Sanierungsgebieten von Mitte. Mindestens ebenso wichtig für das Stadtklima sind aber die vielen Innenhöfe. Denn entsiegelte Hofflächen oder auch Vorgärten, begrünte Fassaden oder Flachdächer kühlen und regulieren das Klima zusätzlich: Nach etlichen Hitzesommern wissen viele Stadtbewohnerinnen und -bewohner diese Effekte besonders zu schätzen. Zudem fördern grüne Innenhöfe mit hoher Aufenthaltsqualität auch die nachbarschaftlichen Beziehungen und verbessern die Lebensqualität im Stadtteil. Darüber hinaus können sowohl Hof- und Fassadenbegrünungen wichtige Beiträge zum Artenschutz leisten, dienen sie doch auch als Nistplätze und Lebensraum für Vögel und Insekten. Deshalb gibt es in den Sanierungsgebieten und »Lebendigen Zentren« Turmstraße und Müllerstraße und ab diesem Jahr auch für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt Begrünungsprogramme, über die Eigentümerinnen und Eigentümer, aber auch Mietergemeinschaften, Genossenschaften oder Pächterinnen und Pächter Zuschüsse für Begrünungsmaßnahmen beantragen können. Über die jeweiligen Förderbedingungen kann man sich Informationen auf den Websites der Gebiete holen bzw. sich an den Prozesssteuerer im jeweiligen Gebiet wenden, diese helfen auch bei den Antragsformularen weiter.

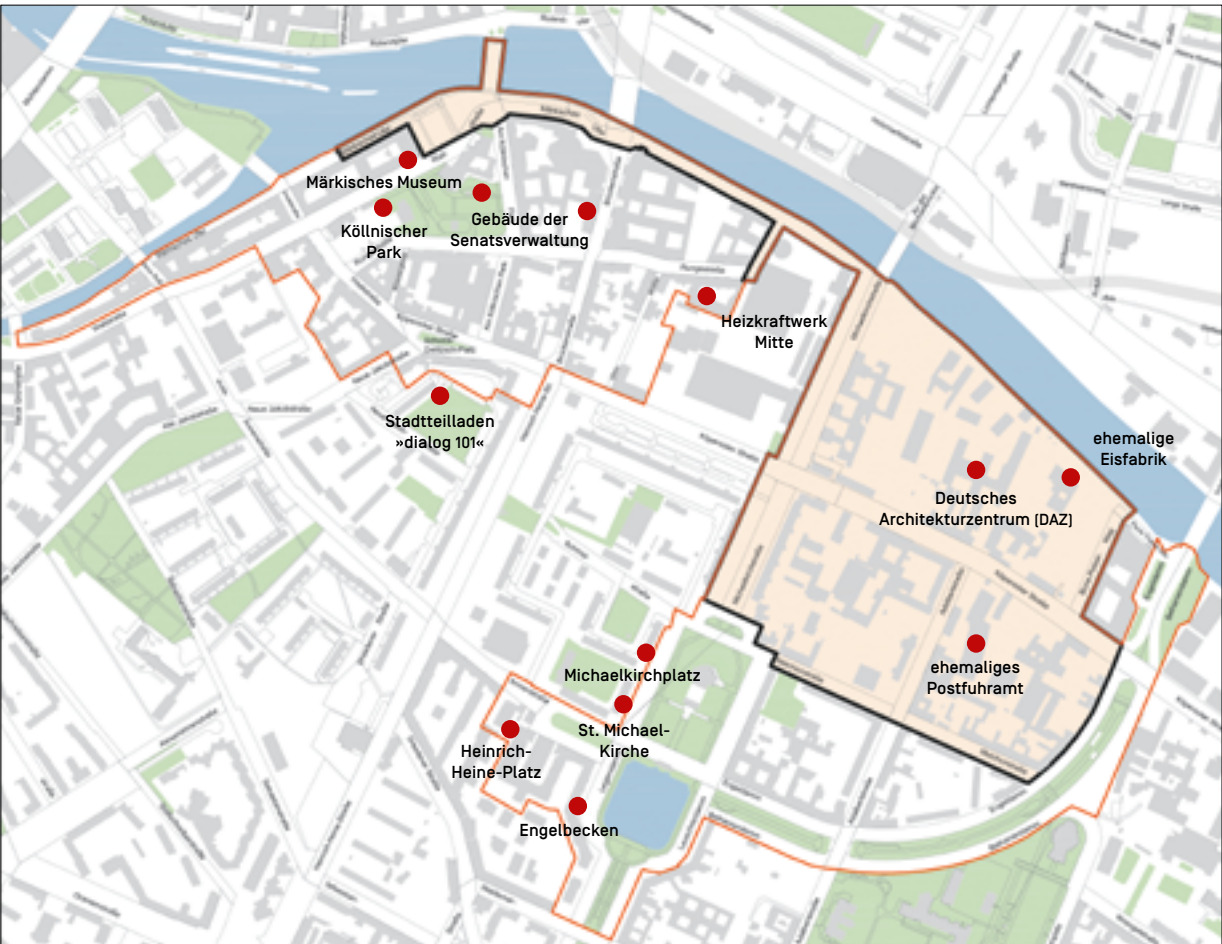
Rat und Hilfe bei Begrünungsvorhaben

Jetzt im Frühling ist die beste Zeit, um Saatgut in frische Erde zu bringen und Pflanzen zu setzen. Doch mit gutem Willen und Fördermitteln allein ist es nicht getan: Denn entscheidend für den Erfolg der Begrünungsmaßnahmen ist beispielsweise auch die Auswahl geeigneter Pflanzen, die am jeweiligen Standort und unter dessen Belichtungsverhältnissen gut gedeihen können. Deshalb wurde beispielsweise im Fördergebiet Turmstraße ein Landschaftsplanungsbüro beauftragt, das den Antragstellerinnen und -stellern des Förderprogramms bei der Planung der Begrünung und der Pflanzenauswahl beratend zur Seite steht: das erfahrene Landschaftsplanungsbüro planwerkstatt haas-wohlfarth hilft dabei, jeweils passgerechte Lösungen zu finden. So könnten beispielsweise Eigentümer, die davor zurückschrecken, die Fassaden ihres Hauses direkt beranken zu lassen, auf vorgesetzte Kletterspaliiere bzw. Rankhilfen zurückzugreifen, die etwas Abstand zum Mauerwerk halten. Und es gibt auch weitaus mehr geeignete rankende Pflanzen als nur den Efeu ...

Im Sanierungsgebiet Luisenstadt soll ebenfalls ein Landschaftsplanungsbüro beauftragt werden, um die an einer Förderung Interessierten zu beraten. Bei Redaktionsschluss stand allerdings noch nicht fest, welches Büro das sein wird. Doch auch für jene, die keine Förderung in Anspruch nehmen oder vielleicht kleinere private Begrünungsvorhaben planen, gibt es gute Ratgeber. So hat beispielsweise die Grüne Liga Berlin im Zuge eines Wettbewerbs zur Hofbegrünung im Jahr 2012 eine Broschüre aufgelegt, die nicht nur gelungene Beispiele aus unterschiedlichen Berliner Bezirken zeigt, sondern auch einen hervorragenden Ratgeber umfasst. Dort werden umfassend unterschiedliche Möglichkeiten der Begrünung geschildert, geeignete Pflanzenarten benannt und Tipps zur Anpflanzung und Pflege gegeben. Die Palette der Tipps reicht von Hochbeeten über Dach- und Fassadenbegrünungen, Pergolen, Nistkästen bis hin zu Kräuterspiralen und Schattengärten. Die Broschüre kann man noch immer auf der Website der Grünen Liga als PDF herunterladen: www.grueneliga-berlin.de/publikationen/projektbroschueren/gruene-hoeefe-fuer-ein-gutes-klima.

Baumscheiben richtig bepflanzen

Eine andere Möglichkeit ist die Bepflanzung von Baumscheiben im öffentlichen Straßenland, das in Mitte seit letztem Jahr sogar ausdrücklich erwünscht ist und vom Bezirk Mitte unterstützt wird. Für Interessierte, die Baumscheiben vor ihrem Haus oder Geschäft bepflanzen möchten, hat das Bezirksamt ein Faltblatt herausgegeben, das viele Tipps für die Bepflanzung beinhaltet. Man findet es unter www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/gruenflaechen. Zum selben Thema hat auch der NABU einen hilfreichen Ratgeber aufgelegt: berlin.nabu.de/stadt-und-natur/naturschutz-berlin/baumschutz/baumscheiben. us



Sanierungsgebiet
Nördliche
Luisenstadt

Erhaltungsgebiete

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Anke Ackermann
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
Jan Schlaffke
jan.schlaffke@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Referat IV C – Stadterneuerung
Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin
Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt [Mitte]
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de
Sprechstunde: Dienstag 15–18 Uhr
im Stadtteilladen »dialog 101«

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
Kathrin August, Tel 901 84 57 79
kathrin.august@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadtteilladen »dialog 101«
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
post@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: montags 13–17 Uhr

Mieterberatung für Mieter im Sanierungsgebiet und in den Erhaltungsgebieten
Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin)
Stadtteilladen »dialog 101«
Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin
Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,
Tel 499 08 44 16
www.mieterberatungpb.de



Ch. Eckelt



Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

Frau Geywitz hat nachgedacht

Sollten Sie schon lange eine Wohnung in Berlin suchen, dann ist vielleicht der Vorschlag der Bundesbauministerin Klara Geywitz hilfreich für Sie. Die SPD-Ministerin schlägt vor, dass mehr Menschen aus der Stadt aufs Land ziehen, um »den Wohnungsmarkt in den Städten entlasten«. »In Deutschland gibt es schätzungsweise 1,7 Millionen leerstehende Wohnungen«, so Geywitz. »Der überwiegende Teil dieser Wohnungen befindet sich in ländlichen Regionen.«

Bevor Sie jetzt gleich mit der Stirn auf den Tisch schlagen, lassen Sie sich die Idee doch mal ganz ruhig durch den Kopf gehen. Rein rechnerisch könnte das Pi mal Daumen sogar hinhauen, eventuell. Zwar hat man die Wohnungssuchenden noch nicht zusammengezählt und, genau genommen, auch den realen Leerstand in den einzelnen Städten, Gemeinden und Dörfern nicht. Ist aber egal, jedenfalls biete (laut Geywitz) der ländliche Raum besonders für Familien mit Kindern »eine hohe Lebensqualität, weg vom Lärm der Großstadt«.

Man müsse lediglich das »Leben auf dem Land attraktiver machen«, ist Geywitz überzeugt. U.a. brauche es mehr Digitalisierung und eine noch stärkere Verbreitung von Homeoffice. Für die Mobilität gibt es jetzt schließlich das 49-Euro-Ticket.

Wie, es gibt in Ihrem neuen Dorf gar keinen Bahnanschluss oder Buslinien? Nun ja, um die Auto-Anschaffung kommen Sie sowieso nicht

drumrum, schließlich müssen Sie ja auch mal einkaufen (den Dorfkonsum gibt's schon seit Jahren nicht mehr) und Ihre Kinder zur Kita, Schule, Sportvereinen und Freunden chauffieren. Damit sind Sie schonmal halbtags beschäftigt. Solange die DSL-Leitung bei Ihnen noch nicht liegt, muss das Homeoffice eh noch warten. Als, sagen wir, Krankenschwester werden Sie dann aber ganz schnell lernen, den wohlhabenden Städter-Patienten virtuell Spritzen zu setzen oder online Verbände zu legen. Polizisten können städtische Missetäter von fern per Mail verwarnen oder schicken mit der Drohne Handschellen. Mit etwas Kreativität lassen sich für jede Berufsgruppe Lösungen finden. Notfalls pendeln Sie eben, wie viele andere auch. Die FDP baut inzwischen die passenden Autobahnen.

Ihnen fehlen Theater, Kino, Bibliothek oder Freunde? Wozu gibt's denn Amazon und Netflix, Mobiltelefone und Whatsapp! (Vorausgesetzt, Sie haben Empfang). Sie werden sehen, es ist nur zu Ihrem Besten. Ihr Leben wird wesentlich entschleunigt und entspannter, vor allem im Pendler-Stau, wo Sie Achtsamkeitsübungen und Yogastunden einlegen, kurz: ihr Leben wird gesünder und damit auch viel länger. Zumindest wird es Ihnen so vorkommen.

Klara Geywitz hat hier nicht weniger vorgelegt als eine bahnbrechende Lösung für die bundesdeutsche Wohnungsnot in Großstädten und die schrumpfenden Regionen gleichermaßen, und das ganz ohne Steuergelder. Lassen Sie sich jetzt bitte nicht von den ewigen Nörglern und Revoluzzern verunsichern, die behaupten, es handle sich dabei vor allem um eine politische Bankrotterklärung – um die schlichte Kapitulation vor der Frage, wie man Bodenspekulation, Zweckentfremdung und Mietwucher bekämpft und wie eine soziale Stadtentwicklung aussehen müsste. Seien Sie ganz beruhigt: Solche Revolutionen sind mit der Bundes-SPD nicht zu machen. Und jetzt stören Sie bitte nicht weiter den städtischen Wohnungsmarkt. us